



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/293 - 28.12.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Die Entscheidung in Paris	S. 1
Herbert Wehner über deutsche Wiedervereinigungs- politik	S. 3
Dr. Adolf Grimme - 65 Jahre	S. 6

Ein Ja ohne Überzeugungskraft

sp. Nur der stärkste Druck aus Washington und London hat eine in sich zerrissene, schwankende französische Nationalversammlung zu bewegen vermocht, den Pariser Verträgen und damit der Wiederbewaffnung Westdeutschlands zuzustimmen. Aus der Minderheit, die in der Nacht zum vergangenen Freitag bei der Abstimmung über die Aufnahme Westdeutschlands in die Westeuropäische Union unterlag, wurde eine äusserst knappe Mehrheit für die Aufnahme der Bundesrepublik in die Atlantik-Pakt-Organisation. Die bevorstehende endgültige Entscheidung über das gesamte Vertragswerk ist damit weitgehend vorweggenommen.

Im günstigsten Falle werden also die Pariser Verträge in Frankreich mit Ach und Krach angenommen werden. Sie würden damit bei der Situation in den anderen in Betracht kommenden Parlamenten, formal gesehen, verwirklichungsbereit werden. Ob diese formale Bewertung der wirklichen Bedeutung dieses für Europa und insb. besondere für ganz Deutschland schicksalhaften Vertragswerk in der Sache gerecht wird, ist eine andere Frage. Die EVG kam seinerzeit zu Fall, weil sie die französische Nation spaltet. Mendés-France hat damals erklärt, ein Vertragswerk, das so erbittert unkämpft sei, werde keine dauerhafte Lebenskraft haben. Was er damals über die EVG sagte, gilt nun auch für die Pariser Verträge.

Hinzukommt, dass auch in der Bundesrepublik eine starke Opposition gegen die Verträge lebendig ist, die erfolgreich nur dann praktiziert

werden können, wenn sie sich auf die innere Zustimmung der ganz überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung aller beteiligten Länder stützen können. Dabei ist es nicht so entscheidend, dass die wesentlichen Motive bei den Gegnern der Verträge, z.B. in Frankreich und in Westdeutschland, sehr verschieden sind. In Frankreich ist der Hauptgrund für die Gegnerschaft die Furcht vor den Folgen einer Wiederbewaffnung Westdeutschlands verbunden mit der Sorge, dass die letzten vertraglichen Bindungen zur Sowjetunion zerschnitten werden könnten. Die westdeutsche Opposition, die sich in dieser Frage keineswegs auf die Sozialdemokratie beschränkt, sieht in der Verwirklichung der Verträge in Paris das Ende jeder Aussicht auf eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in absehbarer Zeit.

Der massive Druck aus Washington und London auf die französische Politik hat abermals ganz deutlich gemacht, dass die letzte Sorge, nämlich die um die deutsche Wiedervereinigung, die massgebenden Politiker der Westmächte trotz aller gegenteiligen Versicherungen nur am Rande bewegt. Wenn Mendés-France in seinem Appell an die Nationalversammlung in der Nacht zum Dienstag erklärte, eine Viermächte-Konferenz vor der Ratifizierung würde schlechtere Aussichten haben als eine danach, so mag dies sogar zutreffen, wenn man an die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems unter Einschluss der Sowjetunion denkt. Die deutsche Wiedervereinigung aber würde bei diesem Verfahren von der Tagesordnung der Weltpolitik verschwinden.

Es wird nun nicht an Stimmen fehlen, die auch in diesem ängstlichen und zögernden, ohne Überzeugungskraft ausgesprochenem Ja zur westdeutschen Wiederbewaffnung eine Stärkung der westalliierten Militär-Allianz und einen Sieg des atlantischen Solidaritätsprinzips sehen. Richtet man den Blick nur auf die militärische Seite dieses ganzen Fragenkomplexes, so mag das vielleicht im gewissen Sinne zutreffen, so sehr auch die französische Zustimmung mit Vorbehalten belastet ist. Einer echten politischen Lösung der bestehenden Schwierigkeiten, unter denen die Wiederherstellung der deutschen Einheit unter Zustimmung des Westens wie des Ostens die grösste ist, dienen diese Verträge nicht. Die Unruhe die mit der Verwirklichung der deutschen Wiederbewaffnung in die westliche Welt, speziell nach Frankreich, hineingetragen wird, ist politisch ungleich gefährlicher, als die deutschen Divisionen militärisch jemals von Nutzen sein können.

Wiedervereinigungspolitik 1955

Von Herbert Wehner, M.d.B.

An der Schwelle des Jahres 1954 stand die Hoffnung auf die für Januar 1954 angesetzte Viermächtekonferenz in Berlin. Am Ausgang des Jahres 1954 steht die Ungewissheit über die Möglichkeit einer nahen Verständigung der vier Besatzungsmächte zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit.

Keine der vier Besatzungsmächte bestreitet die Notwendigkeit von Viermächteverhandlungen. Aber es herrschen an der Schwelle des Jahres 1955 so tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über den Zeitpunkt des Eintritts in solche Verhandlungen, dass wir mit der Gefahr einer Vertagung auf unabsehbare Zeit rechnen müssen.

Die drei westlichen Besatzungsmächte halten an ihrer Vereinbarung fest, erst müssten die Pariser Abkommen und Verträge ratifiziert sein, ehe sie sich mit der vierten Besatzungsmacht, Sowjetrußland, an den Verhandlungstisch setzen könnten. Sowjetrußland aber erklärt, nach der Ratifikation seien Viermächteverhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands gegenstandslos.

Wieder steht unsere deutsche Existenzfrage - die friedliche Wiedervereinigung - im Schatten der Auseinandersetzungen über Verträge, die von der einen Seite als die Voraussetzung für ihre eigene Sicherheit und für eine angemessene Gewichtsverteilung bei kommenden Verhandlungen betrachtet werden, während die andere Seite dieselben Verträge als Bedrohung ihrer Sicherheit und als Zerstörung der Grundlage für Viermächteverhandlungen bezeichnet. Wir erleben eine schmerzhaft wiederholte langwierigen Streitigkeiten um die "Europäische Verteidigungsgemeinschaft".

Gefahr der dauernden Spaltung

Die Berliner Viermächtekonferenz vom Januar-Februar 1954 führte zu keiner Vereinbarung der Vier in der Richtung der deutschen Wiedervereinigung, weil die Westmächte nicht bereit waren, ihren Plan der Verwirklichung der EVG aufzugeben, während die Sowjetunion keine Anstalten machte, ihr Faustpfand - die sowjetisch besetzte Zone - freizugeben, bevor eine Viermächtevereinbarung über den militärischen Status des wiedervereinigten Deutschland erzielt wäre. Jetzt besteht die Gefahr, dass beide Seiten bis auf weiteres die in ihrem Bereich liegenden Teile Deutschlands aufrüsten, beziehungsweise als integrierten Bestandteil des jeweiligen Verteidigungsblocks ins Spiel um das Weltgleichgewicht oder die Sicherung des eigenen Übergewichts bringen.

Noch nie ist auf beiden Seiten so nüchtern und trocken von der im einen oder anderen Falle angeblich unvermeidlichen längeren Dauer der Teilung Deutschlands gesprochen und geschrieben worden wie jetzt. Schon melden sich Stimmen, die einer im stillschweigenden Einvernehmen aller Vier zu regelnden Entspannung der internationalen Gegensätze um den heißen Brei der deutschen Frage herum das Wort reden. Neue Ausführungen des amerikanischen Kommentators Walter Lippmann sind für derlei Bestrebungen charakteristisch. Er bringt die leider ziemlich verbreiteten Ansichten von Politikern im westlichen Lager zum Ausdruck, wenn

er schreibt, das Gespräch mit Molotow würde sich viel einfacher gestalten können, "wenn es klarer als bisher gemacht würde, was der Westen mit einer Konferenz nach der Ratifikation" der Pariser Verträge meine und was er nicht meine: "Was der Westen meint, ist eine Konferenz, um die Ko-Existenz der beiden Deutschland und der beiden Europa zu begründen; um die Spannung zwischen ihnen zu mildern, die Streitkräfte in der Nähe des Eisernen Vorhangs vielleicht zu vermindern, den Handels- und Kulturaustausch zu steigern. Es würde keine Konferenz sein, um Deutschland und Europa wiederzuvereinen. Es würde diese Art von Konferenz nicht sein, weil bisher keine konkreten Voraussetzungen bekannt sind, auf deren Grundlage eine Konferenz ernsthaft verhandelt könnte."

Gefahren eines folgenschweren Irrtums

Politiker des Westens, die sich solchen Vorstellungen hingeben, werden damit zu Gefangenen eines folgenschweren Irrtums. Die Einbeziehung der Teile Deutschlands in die einander gegenüberstehenden Verteidigungsblöcke bringt unausweichlich ein schwerwiegendes Element der Verschärfung der Spannungen und Gegensätze in die internationalen Beziehungen, um deren Entspannung sich doch beide Seiten bemühen. Wer aus der Furcht vor dem Risiko einer Viermächtevereinbarung über den militärischen Status eines durch freie Wahlen wiedervereinigten Deutschlands Zuflucht sucht in der Einbeziehung der Teile Deutschlands in die einander gegenüberstehenden Militärblöcke, der beschwört das ungleich größere Risiko der Verschärfung der Gegensätze und der Gefahr bewaffneter Austragung dieser Gegensätze herauf. Es ist nur ein schlechter Trost, Hoffnungen auf eine spätere Vereinbarung über das "friedliche Nebeneinanderleben" der Blöcke zu setzen. Für uns Deutsche jedenfalls ist es kein Trost.

Die deutsche Sozialdemokratie hat in dem nun zu Ende gehenden Jahr viele Versuche gemacht, diesen Gefahren vorzubeugen. Wenn der Bundestag den sozialdemokratischen Antrag angenommen hätte, die Bundesregierung unmittelbar nach der Londoner Konferenz zu verpflichten, mit den Westmächten über die Ausarbeitung von Richtlinien für eine gemeinsame Wiedervereinigungspolitik auf der Grundlage von Viermächteverhandlungen zu verhandeln, dann gäbe es keine Unklarheiten. Dann hätte sich der Westen auch nicht der Gefahr einer Verwirrung oder Aufweichung durch sowjetische Ultimaten ausgesetzt. Dann hätte die Vorbereitung der europäischen Zusammenarbeit Hand in Hand gehen können mit ernsthaften Versuchen zu einer Viermächtevereinbarung über die Wiedervereinigung Deutschlands und seine Einbeziehung in einen regionalen Sicherheitspakt für ganz Europa.

Die Pflicht der Bundesrepublik

Wenn deutsche Wiedervereinigungspolitik im Jahre 1955 mehr sein soll als die Wiederholung von Bekenntnissen zur deutschen Einheit, dann muss die Bundesrepublik alles daran setzen, damit die Westmächte ihre im September 1953 in einer Note an die Sowjetregierung ausgesprochene Bereitschaft zu Viermächteverhandlungen über freie Wahlen in den vier Zonen einschliesslich Berlins und über den Status Gesamtdeutschlands wieder zu erneuern. Während der Berliner Konferenz im Jahre 1954 haben die Westmächte leider diese Bereitschaft nicht in die Tat umgesetzt, sondern lediglich die vorbehaltlose Zustimmung der Sowjetunion zu freien

zu erhalten versucht. Das Ergebnis hat gezeigt, dass unter solchen Umständen die Sowjetunion an ihrem Faustpfand festhält.

Neudings wollen Professor Grewe und andere Interpreten der Politik der Bundesregierung geltend machen, die neue Fassung der Verträge enthalte nicht mehr die Bindungen und Erschwerungen, die seinerzeit von der sozialdemokratischen Opposition besonders scharf ergriffen wurden. Aber es ist bisher nicht festgestellt worden, dass der - wie die Erfahrung von 1954 erwiesen hat - für Viermächteverhandlungen untaugliche Verhandlungsrahmen, der in den Schreiben der Alliierten Höchsten Kommission vom 11. November 1953 und in den auf diesem Schriftstück aufbauenden dazugehörigen Dokumenten niedergelegt worden war, aufgegeben worden wäre. Wenn mit Aussicht auf Erfolg versucht werden soll, die Sowjetregierung zu wirklichen Verhandlungen über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands zu bewegen, so kann nicht nach einem Schema operiert werden, das faktisch nicht einmal Raum lässt für die nach der Wiedervereinigung zu beginnenden Friedensvertragsverhandlungen. Das Risiko zeitraubender und wahrscheinlich komplizierter Verhandlungen über den Abschluss des Friedensvertrags kann nicht dadurch umgangen werden, dass man sich aus Furcht vor diesem Risiko nicht einmal zum ersten Schritt bereit findet und deshalb lieber aus der Bundesrepublik etwas "Erträglicheres" zu machen sucht.

Aufgabe der deutschen Wiedervereinigungspolitik im Jahre 1955 wird es sein, um neue Verhandlungsmöglichkeiten bemüht zu sein und sich gegen alle Versuche zu wehren, die deutsche Existenzfrage in die Theorie und Praxis der militärischen Blockbildungen einzusen zu lassen.

+ + +

Das Lebensbild eines bedeutenden Menschen

sp. Zu ehren und zu würdigen ist nicht der Generaldirektor des Nordwestdeutschen Rundfunks, der Präsident der Studienstiftung des deutschen Volkes, der Vorsitzende der Barlach-Gesellschaft, der Senator der Max Planck-Gesellschaft, der Inhaber der Goethe-Medaille, das Mitglied der Kantgesellschaft, der früherer preussische und dann niedersächsische Kultusminister - zu ehren und zu würdigen ist der Mensch, der Sozialist, der Christ Adolf Grimme.

Er hat vier Jahrzehnte hindurch als Lehrer an höheren Schulen, als Schulverwaltungsbeamter, als Minister für Erziehung und Volksbildung und dann - in einem höheren Sinne - wieder als Erzieher weiter Volkskreise bis er durch die Leitung der größten deutschen Rundfunkgesellschaft anspricht, den Reichtum seines Wissens, seines Könnens, seiner Energie und seiner Güte ohne Wahl dargeboten, so dass alle teilhaben können, die in seinen Kreis treten, in hören oder mit ihm disputieren wollen. Adolf Grimme vollendet am 31. Dezember 1954 sein 65. Lebensjahr. Er

SPD-Pressedienst

P/IX/293

- 6 -

28.12.1954

blickt an diesem Tage auf ein grosses Werk zurück. Aber es ist noch nicht vollendet, und seine Wünsche und Hoffnungen sind darauf gerichtet, Erlebtes, Erlerntes, Erlittenes und Überliefertes am Maßstab des Ewiggültigen zu einem Ganzen zu formen. Wir dürfen eine reife, gelehrte und weise Frucht erwarten.

Die Wünsche seiner Freunde erhoffen ihm dazu Gesundheit, Heiterkeit des Herzens und Freiheit des Geistes drinnen und draussen, jene Atmosphäre des Lebens, in der Adolf Grimme aufwuchs, sich und andere bildete, für die er im Zuchthaus litt und für die er mit reichem Erfolg tätig war, vor 1933, während der düstersten Jahre der deutschen Geschichte und in dem ersten Jahrzehnt des Wiederaufbaues.

Sein Leben ist klar in drei Abschnitten zu überschauen: Er wurde 1869 in Goslar geboren, war Schüler und Student und absolvierte bei Ausbruch des ersten Weltkrieges sein philologisches Staatsexamen. Seine Laufbahn liess ihn schliesslich Vizepräsident des Provinzialschulskollegiums für Berlin und die Provinz Brandenburg, Januar 1930 Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Preussen im Kabinett Otto Braun werden.

1933 musste er diese Arbeit unterbrechen und konnte sie erst nach dem Kriege fortsetzen: Am 1. August 1945 wurde er Leiter der Abteilung Kunst, Wissenschaft und Volksbildung im Oberpräsidium in Hannover und daran anschliessend Kultusminister in Niedersachsen. Als religiöser Sozialist war er massgeblich an der Begegnung der Sozialdemokratischen Partei mit der evangelischen Kirche Deutschlands und mit nicht einseitig politisch interessierten Kreisen der katholischen Kirche beteiligt.

Einstimmig wählte ihn der Verwaltungsrat des NWDR im September 1948 zum Generaldirektor der Rundfunkgesellschaft, die damals in deutsche Verantwortung übergeben wurde. Seither benutzt er mit kluger Hand die ihm damit überlassenen und von ihm später ausgebauten organisatorischen Möglichkeiten, um mit grossem Erfolg eine der wichtigsten kulturpolitischen Aufgaben der Nachkriegszeit auszuführen, mit der gediegener geistiger Kraft, die ihm eignet.

Verantwortlich: Peter Rainau